

Schwäbische Zeitung



FOTO: RUTH AUCHTER

Amt empfiehlt Masken auf Rutenfest
Auch im Freien könnte sich Corona sonst leicht verbreiten. Seite 14

Alles auf eine Dose
Weingartener geht für seinen Traum von der eigenen Limonade ins Risiko. Seite 15



FOTO: EHE

Mo.-Fr. € 2,40 | Sa. € 2,60

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR CHRISTLICHE KULTUR UND POLITIK

Mittwoch, 6. Juli 2022

Fachkräftemangel in der Kinderbetreuung verschärft sich

STUTTGART (kab) - In Baden-Württemberg und Bayern sind Erziehungsfachkräfte bereits heute rar. Wegen Personalmangels müssen Kitas schließen oder ihre Öffnungszeiten einschränken. Wenn Grundschulkindern in vier Jahren bundesweit Anspruch auf Ganztagsbetreuung bekommen, verschärft sich die Situation laut einer Studie massiv. Für den Südwesten prognostiziert das „Fachkräfte-Radar für Kita und Grundschule“ der Bertelsmann Stiftung am Dienstag einen Bedarf von bis zu 12 000 Fachkräften zusätzlich. Für den Freistaat wird der Mangel mit bis zu 21 000 fehlenden Betreuungskräften als noch höher eingeschätzt. In den Prognosen stecken aber viele Unsicherheiten. • SEITE 2

Senioren zu oft in Kliniken eingewiesen

BERLIN (clak) - Viele Klinikaufenthalte von Pflegeheimbewohnern an ihrem Lebensende sind nach einer AOK-Studie unnötig. Mehr als jede dritte Krankenhauseinweisung in den letzten zwölf Wochen vor dem Tod könne als potenziell vermeidbar klassifiziert werden, heißt es im „Pflegereport“ 2022, der am Dienstag in Berlin vorgestellt wurde. Die AOK-Vorstandsvorsitzende Carola Reimann fordert deshalb eine engere Zusammenarbeit von Pflegeheimen, Hausärzten, Krankenhäusern und Rettungsdiensten. Laut Report lebte rund jeder dritte innerhalb eines Jahres verstorbene AOK-Versicherte in einem Pflegeheim. • SEITE 4

Curevac verklagt Konkurrent Biontech

TÜBINGEN (AFP) - Das Tübinger Pharmaunternehmen Curevac hat Klage gegen seinen deutschen Konkurrenten Biontech wegen Patentrechtsverletzung eingereicht. Curevac teilte am Dienstag mit, dass es „seine geistigen Eigentumsrechte aus mehr als zwei Jahrzehnten Pionierarbeit in der mRNA-Technologie geltend machen wird, die zur Entwicklung von Covid-19-Impfstoffen beigetragen haben“. Die Klage gegen Biontech und zwei Tochterunternehmen des Mainzer Impfstoffherstellers wurde beim Landgericht Düsseldorf eingereicht. Curevac fordert nach eigenen Angaben „eine faire Entschädigung“. • SEITE 8

Heute lesen Sie

Gottschalk im Zoo TV-Moderator löst



FOTO: DPA

Wett-schuld in Karlsruhe ein Seite 10

Gewerbliche Anzeigen 0751 / 29 55-0
Private Anzeigen 0751 / 29 555 444
AboService 0751 / 29 555 555
Ticket Service 0751 / 29 555 777

Marias Märchen in Wimbledon geht weiter

Tatjana Marias sensationelle Erfolgsserie beim legendären Tennisturnier in Wimbledon hält an. Am Dienstag hat die 34-Jährige das deutsche Viertelfinale gegen Jule Niemeier gewonnen (Foto: Adrian Dennis/AFP). Die zweifache Mutter aus Bad Saulgau, die mit ihrem Mann und den beiden Töchtern unterwegs ist, ist nur noch zwei Siege vom Titel entfernt. Maria setzte sich in einem Krimi mit 4:6, 6:2, 7:5 gegen die Dortmunderin durch und erreichte erstmals in ihrer Karriere das Halbfinale bei einem Grand-Slam-Turnier. Maria kassiert für ihren Erfolg umgerechnet 622 000 Euro. • SEITE 21



Jeder Zweite schränkt sich im Alltag ein

Zwei Dritteln der Baden-Württemberger macht die anhaltend hohe Inflation zu schaffen

Von Katja Korf

RAVENSBURG - Die stark steigenden Preise für Energie, Lebensmittel und weitere Dinge des täglichen Bedarfs bereiten 70 Prozent der Menschen in Baden-Württemberg große Sorgen. Das ist Ergebnis einer repräsentativen Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen.

Fast jeder Vierte gab bei der Befragung an, die Preissteigerungen belasteten ihn „sehr stark“, weitere 46 Prozent der Bürger und Bürgerinnen fühlen sich immerhin stark belastet. 25 Prozent empfinden die Belastun-

Frage: „Gibt es Bereiche, in denen Sie sich aufgrund der gestiegenen Preise zurzeit einschränken?“



gen dagegen als moderat, lediglich vier Prozent stufen sie für sich persönlich als geringfügig ein. Die Werte unterscheiden sich abhängig von der sozialen Schicht: In den unteren Einkommensgruppen fühlen sich 82 Prozent von den Preissteigerungen sehr stark oder stark belastet, in den höheren Einkommensgruppen liegt der Wert bei 56 Prozent.

Als besonders gravierend empfinden die Baden-Württemberger die Inflation bei den Kosten für Benzin, Strom, Lebensmittel und Heizen. In der Folge schränken sich die Menschen bereits ein, mehr als die Hälfte fährt weniger Auto und spart bei Restaurantbesuchen. • SEITE 3

Melnik bedauert „viele emotionale Aussagen“

Ukrainischer Botschafter wehrt sich gegen Kritik und räumt Fehler ein – Gerüchte um Abberufung aus Berlin

BERLIN (hg) - Der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk (Foto: dpa) hat sich am Dienstag gegen den Vorwurf gewehrt, er habe mit seinen Äußerungen über den ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera den Holocaust verharmlost. „Jeder, der mich kennt, weiß: Immer habe ich den Holocaust auf das Schärfste verurteilt“, schrieb Melnyk auf Twitter. Die Vorwürfe seien „absurd“.



FOTO: DPA

Im Interview mit der „Schwäbischen Zeitung“ verteidigte der 46-Jährige zudem sein oft als undiplomatisch bewertetes Vorgehen. „Wir sind alle Menschen und man macht Fehler“, sagte er. Er versuche, aus diesen Fehlern zu lernen.

„Viele emotionale Aussagen bedauern mich im Nachhinein.“

Melnik hatte mit harscher Kritik an der Bundesregierung wiederholt für Aufsehen gesorgt. Unter anderem hatte er Kanzler Olaf Scholz (SPD) als „beleidigte Leberwurst“ bezeichnet. Mehrfach hatte er zudem das Vorgehen Berlins bei Waffenlieferungen für sein Heimatland als zu zögerlich bezeichnet.

Derweil berichten mehrere deutsche Zeitungen unter Berufung auf ukrainische Quellen, Melnyk solle abberufen werden und ins Außenministerium nach Kiew wechseln. Noch im Herbst könnte er stellvertretender Außenminister werden, schrieb „Bild“. Auf Nachfrage der „Schwäbischen Zeitung“ wollte sich der Botschafter am Dienstag nicht zu diesen Gerüchten äußern. • SEITE 5

Unterm Strich

Söders bedrohte Fischlein

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) ist ein moderner Politiker. Zu diesem Selbstverständnis gehört es freilich, seine Haltung und Integrität stets flexibel an die jeweilige Windrichtung anzupassen, aus der die öffentliche Meinung gerade weht. Fast ein bisschen so wie bei Windrädern, die in Bayern Seltenheitswert besitzen und damit unter windkraftenergetischem Artenschutz stehen.

Apropos Artenschutz: Neulich hat Herr Söder das Internet genutzt, um seine Fangemeinde über eine seiner Mahlzeiten zu informieren. Mit

Foto und Text, welcher folgendermaßen lautet: „Heute ein ganz besonderes Mittagessen: ‚Meefischli‘ – das sind kleine Fische aus dem Main. Eine echt unterfränkische Spezialität. Gibt es kaum noch – umso mehr schmeckt es.“ Auf dem Bild zu sehen ist ein Teller mit großem Kartoffelsalat und einem knappen Dutzend fritierter Fischlein.

Vielleicht hätte man auch etwas anderes essen können, wenn Söders Fischli offenbar vom Aussterben bedroht sind. Aber wo kämen wir denn hin mit der Evolution, wenn der Stärkere den Schwächeren plötzlich

nicht mehr fräße? Außerdem ist es nicht von der Hand zu weisen, dass jene Dinge, die kurz vor dem Aussterben stehen, manchen Leuten besonders gut schmecken. Chinesische Gourmets werden das bestätigen können, die 2006 die letzten Flussdelfine oder 2020 den letzten Schwertstör verputzt haben. Wenn etwas Altes geht, kommt auch wieder etwas Neues. Interessant wird sein, welche Spezies dereinst den Typus bayerischer Landesvater nach Söderscher Prägung ablöst. (nyf)

untermstrich@schwaebische.de



Markus Söders „Meefischli“ vor der Verspeisung. FOTO: SCREENSHOT/FACEBOOK

Leitartikel

Von Jürgen Mladek



Transformation im Hier und Jetzt

Explodierende Energiekosten, galoppierende Lebensmittelpreise und eine genauso schnell wachsende Verunsicherung, ja Verzweiflung in der Bevölkerung: Natürlich hat die grün-schwarze Landesregierung das so nie gewollt. Andererseits: Warum hat sie dann den Fahrplan, der zumindest auch in diese Richtung führte, vor gut einem Jahr in ihren Koalitionsvertrag geschrieben? Dort wird ganz unverblümt gefordert, die Energiepreise mittels CO₂-Abgabe massiv anzuhäufeln, eine „deutliche Steuerungswirkung“ wurde versprochen, und was damals noch recht vage klang, wird heute konkret in den Forderungen aus der Politik nach gekürzten Duschzeiten und gesenkten Raumtemperaturen, wenn das denn ausreicht. Dass die „Große Transformation“, die da zukunftsfröhlich versprochen wurde und zu der alle, Bürger wie Unternehmen, eingeladen wurden, jetzt nicht mehr nach einem Umbau aussieht, sondern eher an eine drohende Abrissbirne erinnert, das kann man den Verantwortlichen natürlich nicht anlasten, die Schockwellen aus der Ukraine konnten sie nicht vorhersehen.

Aber zumindest eine weitere Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag sollte in dieser Situation doch realisiert werden: Eine umfassende Modernisierung der Verwaltung wird da beschworen, digital und effizient. Aber davon ist nichts zu sehen, im Gegenteil, der öffentliche Sektor wird immer weiter aufgebläht, die Kosten für die Bürger damit munter erhöht. Ein Pakt für Dieses, ein Landesbeirat für Jenes, ein runder Tisch für Diverses, dazu noch Landesbeauftragte für übrig Gebliebenes. Hier noch ein Ombudssystem, da noch ein Masterplan, flankiert vom Steuerungsausschuss für Nachhaltigkeit. Gleichzeitig klagt die Politik, die all diese Schreibtische aufgestellt hat und nie wieder abräumen will, über den Fachkräftemangel, der verhindert, dass die von ihr propagierte Energiewende zumindest gelegentlich auch in der Praxis umgesetzt werden kann. „Jetzt für Morgen“, so ist der Koalitionsvertrag überschrieben. Wie wäre es, endlich mit einigen konkreten Punkten anzufangen?

j.mladek@schwaebische.de

Wetter

22° bis 27°C
Ein freundlicher Sommertag



Börse

DAX: - 2,91%
Aktuell: 12 401,20 | Vortag: 12 773,38

Nr. 153 | B 6206



4 190620 602404 3 0027

